

Vom pandemischen Waffenfieber –

Die Krankheit zum Tode: Rüstung und Krieg – keine vorweihnachtliche Besinnung

WENN ein Organismus von Fieber befallen wird, ist das meist ein Zeichen für eine dahinter steckende Erkrankung. Der Körper versucht, seine Abwehrkraft zu erhöhen und eine Bedrohung durch eingedrungene Erreger abzuwehren. Dieser Prozess bewirkt ein mehr oder weniger deutliches Ansteigen der Körpertemperatur. An sich ein Zeichen für eine normale, gesunde Abwehrreaktion des Immunsystems und in der Regel noch kein Alarmzeichen. In der „erhitzten“ Temperatur des Blutes werden die meisten Erreger von körpereigenen Abwehrzellen abgetötet, „gekillt“ sozusagen. Hält ein solcher Zustand über mehr als einige wenige Tage an und steigt das Fieber auf bedrohliche 40 bis 41 Grad, verfällt eine erkrankte Person in der Regel in einen bewusstseinstrübenden Dämmerzustand des Fieberdeliriums.

DIE Grenzen zwischen Wirklichkeit und Einbildung können verschwimmen, es kann zu sog. Halluzinationen kommen. Dies kann auch passieren durch starke Medikamente, die auf die Nervenbahnen und Teile des Gehirns einwirken, etwa Psychopharmaka oder durch Schocksituationen. Viele Menschen gerade in den Erkältungsmonaten kennen bei Bronchitis oder einem grippalen Infekt solche fieberartigen Delirschübe schon bei erhöhten Temperaturen ab 38,5 bis 39 Grad Celsius, ab da man von starkem Fieber spricht. Es kommt zu Fieberträumen, nicht selten Albträumen, die es bis zu schüttelfrostartigen Angstattacken bringen können.

STIMMT etwas nicht und ist unsere Politik, um im physiologischen Bild zu bleiben, „krank“, wenn sie in einen Fieberzustand gerät, dazu noch in einen chronisch anhaltenden? Gegenüber einem über ein gewisses tolerables Maß steigenden Fieber helfen meist fiebersenkende Mittel, die verabreicht werden, etwa Zäpfchen. Als Kind hat man sie meist kennengelernt und erinnert sich nicht unbedingt angenehm an ihre rektale Einführung in den Körper. Meist half diese Körperabwehr-Unterstützung schon binnen weniger Stunden, was zu allmählicher Besserung eines Fieberzustands führt. Ähnliches gilt aber auch für kühlende Wadenwickel im Wechsel mit feuchten Leinen oder Baumwollhandtüchern.

EINE bestimmte naturorientierte Medizin rät von vorzeitiger Zäpfchengabe ab und setzt auf die gesunde Körperreaktion und übliche Hausmittel. Das Fieber soll nicht vorschnell gesenkt und damit die eigene natürliche Abwehr ersetzt werden. Im Bild verweilend ähnelten diese in Plastik eingeschweißten Zäpfchen in ihrer Form oft auch einer Pistolen-Patrone. Bisweilen führten sie auch zu Durchfall, wenn man weniger verträglich dafür war, also wiederum zu einer anderen Reaktion körperlicher Abwehr gegen alles, was in einen von außen eindringt. Halten wir fest: kurzzeitiges höheres Fieber kann abwehrunterstützend, länger anhaltendes Fieber organschädigend, ja lebensbedrohlich sein.

WAS stimmt nun in dieser Analogie zu unserer Themenstellung und was nicht? Verlassen wir deshalb die Ebene des medizinischen Befunds und wechseln zum politischen Befund über, von dem und über den hier zu sprechen ist. Das Aufrüstungsfieber steigt signifikant, seit die Welt durch den Ukraine-Russland-Krieg wieder in einen akuten Bedrohungszustand versetzt ist oder sich in einem solchen befindlich wähnt. Die überall geführte Rede in Politik, Presse und Medien hierzulande ist angefüllt von solchem Wähnen und von Bedrohungswahrnehmungen militärischer Art, die man als Rüstungsparanoia ansehen kann. Insofern wäre dies als „Halluzination“ zu verstehen, die Aufrüster als Halluzinierende und das

außer Kontrolle geratene Waffenfieber als Bedrohung des Organismus der menschlichen, internationalen Gemeinschaft.

DAS westliche Nato-Bündnis ist ein waffenstarrer Block defensiver wie offensiver Systeme zu Verteidigungs- aber ebenso auch Angriffszwecken. Da kann Russlands Militär, der „neue (alte) Feind“ im Osten, im Vergleich nicht auch nur annähernd mithalten. Das Verhältnis Nato – Russland allein bei den Militärbudgets beträgt je nachdem, ob man die USA noch dazuzählt, zumindest bei den europäischen Nato-Ländern etwa neun zu eins. Russland und sein Präsident Putin wären mit dem Klammerbeutel gepudert, würden sie diese neunfache Unterlegenheit ignorieren oder sich auf das Feld von realen Angriffsszenarien begeben. Lassen wir dabei die Atomwaffen einmal außen vor, die vor allem politische Abschreckungsmittel sind, keine realen Kriegsmittel sein können, sollten sie zum Einsatz kommen. Aus bekannten Gründen ihrer allseits verheerenden Wirkungen und Rückwirkungen sowohl auf Atomerst- wie auch Atomzweitschläger. Der nukleare Suizid.

GLEICHWOHL projiziert der Westen ein akutes russisches Bedrohungsszenario, sowohl konventionell als auch atomar, an die Bündnis-Wand nach dem Motto, heute die Ukraine, morgen Moldawien, Polen, das Baltikum und dann Mittel- und Westeuropa, Angriffsbedrohung allüberall. Alle aber wissen im Grunde auch, dass es sich hier um ein ideologisch aufgeblasenes Gespenst und eine Lüge zu reinen Propaganda- und Angstmachzwecken handelt. Einst war der letzte Sowjet-Generalsekretär, Michail Gorbatschow, mit der Aussage angetreten, die Angst (vor Krieg u. a.) müsse von der Erde verschwinden. Das humanste Ziel, das jemals ein großer Politiker verkündet hat. Westliche Fieberhalluzinierende täten gut daran, sein Buch „Das neue Russland. Der Umbruch und das System Putin“ (2015) als Lesezäpfchen mehr zur Hand zu nehmen.

D I E Ukraine verteidigt deshalb auch nicht *d e n* Westen, sondern hat augenscheinlich genug mit der eigenen Verteidigung gegen die russische Aggression zu tun. Ca. 40 bis 50 Prozent des Landes sind inzwischen zeitweilig bis dauerhaft energieungesichert. Das hält Kiew, wenn überhaupt in diesem Winter, keinen weiteren Winter durch, da kann der Westen noch so viel Generatoren, Transformatoren und Feuerwehrautos liefern. Der Westen unterstützt die Ukraine ohnehin auf massivste Art, allen voran die USA, in beispiellosem Zigi-Milliarden-Dollar-Umfang mit Waffen und Geldern, der erkennen lässt, es ist auch ein Krieg der USA gegen Russland.

IM transatlantischen Verbund führt die Nato einen Material-Krieg gegen Russland mit schweren Waffen, Ausrüstung, Ausbildung, Aufklärung aus dem Weltraum, mit taktischer wie strategischer Militärinstruktion von ukrainischen Offiziers- und Unteroffizierskadern, wenn diese sich zu Ausbildungszwecken in europäischen Armee-Standorten aufhalten. Das Ziel ist dauerhafte Schwächung und Zermürbung des russischen Angreifers, Zerschlagen seines inneren Machtgefüges. Man will den dortigen Regime-Change. Das ist völkerrechtlich Bedrohung, das ist Einmischung und wird als solches auch im Kreml wahrgenommen. Wie soll unter solchen Aggressions- und Re-Aggressions-Parametern jemals eine Friedensvermittlungs-Initiative und Vertrauensbildung noch zustande kommen? Um die sich derzeit niemand schert. Maximale Bedingungen und Forderungen für ein Beenden des Waffengangs stehen einander unvermittelbar gegenüber. Nichts bewegt sich, außer an den Fronten.

MAN reitet sich immer tiefer in eine Lage, aus der heraus Friedenszeichen unglaublich und absurd erscheinen. Es geht und soll gehen bis zum bitteren, blutigen Ende (*die Ukraine*

muss gewinnen) und vor allem die ukrainische Zivilbevölkerung und zivile Infrastruktur haben es stellvertretend auszubaden. Man kann von der russischen Armee kaum erwarten, einen sauberen „humanen“ Krieg zu führen, ja offensichtlich nicht einmal, sich an Kriegsrecht zu halten. Die russische Strategie zielt mit ihren massiven Luft- und Raketenangriffen und Artillerie-Vorstößen an den Fronten darauf, die Zivilbevölkerung zu demoralisieren (das taten auch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg gegen die deutsche und japanische Bevölkerung, während Hitler im sicheren Führungs- und Reichskanzlei-Bunker saß), die Nervenstränge und das Rückgrat lebensnotwendiger Infrastruktur und Energie-Versorgung lahmzulegen. Die wie es aussieht zu Hunderten bis Tausenden geschehenen Massaker, Folterungen, Vergewaltigungen, willkürlichen Erschießungen und Morde an Zivilist:innen in Orten und Städten der Ost- und Süd-Ukraine, Butscha, Lyman, Cherson, zeigen besonders das hässliche, unmenschliche Gesicht eines jeden Krieges.

DIE flankierenden (Wirtschafts-) Sanktionen verfehlen nicht nur ihren Zweck, sondern wirken immer stärker zurück über Inflation, Lebensmittelverteuerung und Energieverknappung auf die blanke Existenzlage der Menschen hier. Auch das dürften westliche Bevölkerungen nicht ohne wachsendes Murren und Protestieren vornehmlich von rechts einen weiteren Winter 2023/24 lang widerspruchslos mitmachen. Die westliche Kriegsreaktion befördert vornehmlich das Erstarken der politischen wie Gesinnungs-Rechten. Sog. Reichsbürger planen in grotesk-dilettantischer Staffage den nationalen Umsturz, horten dazu Waffen, knüpfen Netzwerke weit hinein in Bereiche von Justiz, Polizei, Militär, worüber die offizielle Politik sich ausschweigt und die Lage kleinredet. Es handle sich gleichwohl nicht mehr nur um Einzelfälle, heißt es lediglich lapidar.

DIE SPD-Verteidigungsministerin, Lambrecht, verkündete unlängst voller Stolz, man habe das interne „Problem“, Einfluss von Rechtsextremen im Elitehaufen Krisen-Spezialkommando (KSK), ausgemerzt, die 1.500 bis 2.000-Mann-Einheit der „Schnellen Eingreiftruppe“, sozusagen ihre Speerspitze, deren Kampfabteilungen jeden versuchten Rechtsputsch wirkungsvoll flankieren könnten, brauche nicht aufgelöst zu werden. Jetzt wird im Zuge der durchgeführten Großrazzien bekannt, dass wieder einzelne Kader der mittleren KSK-Führungsebene in die Reichsbürger-Verschwörung verwickelt sein sollen. Wem soll man da noch glauben? Ist die Ministerin selbst nicht richtig darüber informiert, was in ihrem Laden abläuft oder wird die Öffentlichkeit gezielt an der Nase herumgeführt? ,

ÜBER Protest-Bewegung in der Bevölkerung sollte sich die herrschende Politik nichts vormachen. Wenn es weiter so drastisch an den Brot- und Geldbeutel geht, dieses unsinnige absurde parallele Krieg führen. Die Entlastungspaket-Töpfe werden schrumpfen, greifen teils viel zu spät, Menschen werden ihre Wohnungen verlieren, tausende Räumungsklagen derzeit allein in München. Die Energiereserven werden zunehmend schwinden, auch der Westen wird wachsende Abnutzungserscheinungen vor allem im Wirtschaftlichen und Energiepolitischen zu gewärtigen haben. So wie derzeit nach dem Füllhorn- und Gießkannenprinzip kann und wird es nicht weitergehen. Es wird zunehmend Opfer geben unter denen, die ohnehin wenig oder nichts an Geld- und Wohlstandsreserven haben.

RÜHRT dies über Gebühr die herrschende Politik? Es hat den Anschein, dass nicht. Das Rüstungsfieber grassiert weiter und wird mit Waffenzäpfchen behandelt: Allein rund 10 Milliarden Euro Kosten durch die neu bestellten 35 US-Tarnkappenatombomber F-35 aus dem 100-Milliarden-Schuldenfonds des sog. Sondervermögens für die Bundeswehr. Die den auslaufenden Tornado-Bomber ersetzen sollen. Dabei hat man ja einen eigenen Mehrzweck-Kampffjet, den Eurofighter, nur ist der nicht für die atomare Teilhabe zertifiziert, während die

F-35-Maschinen dies sind, doch sind diese wiederum bisher nicht für den europäischen Luftraum zertifiziert. Schönes neues Rüstungs-Dilemma, das sich da abzeichnet. Der Starfighter-Skandal aus den Sechzigern des vorigen Jahrhunderts lässt schön grüßen. Wie wär's stattdessen mit Wiederaufnahme des beendeten Atomrüstungs-Abkommens USA-Russland? Abgesehen von den wachsenden Gerüchten, dass sich die Anschaffungskosten für den Super-US-Kampffjet noch ins Multiple ausgewachsen könnten. Da sind dann weitere Milliarden an der Rüstungsfront schnell verpulvert. Der Staat hat's ja, dann wirft man eben die Gelddruckmaschine an, was sich wiederum inflationstreibend auswirken wird.

DER kapitalistische Staat kennt im Grunde in solcher, auch mit selbst verschuldeter Lage, nur das Inflationsmittel, um sich gegen Herausforderung zu wappnen, ungedeckte Schecks nennt man das im Geldverkehr, nicht aber die Not der grundsätzlichen Systemumkehr. FDP-Finanzminister Lindner, der Insel-Sylt-Liebhaber, hat dann gut lachen. Die breite Masse aber hat das Nachsehen. *Der Ukraine-Krieg im Winter – Was kann der Westen noch tun?*, fragte die von Anke Plättner moderierte Phoenix-Runde am vergangenen Mittwochabend (14. Dezember). Klar, mehr zivile Hilfe, darin waren sich alle Teilnehmenden im Grunde einig. D. h. Generatoren, Transformatoren, Krankenhaustechnik, Wasseraufbereiter usw. Vielleicht deutsches paramilitärisches Technisches Hilfswerk? Eine von der Ex-SPD-Bundestagsfrau, Dr. Ute Finckh-Krämer, ins Spiel gebrachte Möglichkeit. THW im Ukraine-Krieg, besser nicht. Frau Finckh-Krämer ist nicht nur Ukraine-Wahlbeobachterin, sondern auch im Vorstand der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, einer Einrichtung des gemäßigten Friedensbewegungsspektrums wohlgekerkt.

FINCKH-Krämer begab sich tunlichst aber nicht in eine Konfrontation zu dem/der Kriegs- und Waffenpartei-Vertreter:in in der Runde, Gustav C. Gressel vom European Council on Foreign Relations und videozugeschaltet Daniela Prugger, Ukraine-Berichterstatterin vom österreichischen „Standard“, die jeweils die strategischen Belange pro Ukraine miteinbezogen und puschten. Besonders der Österreicher, Gressel, erwies sich wieder mal als platter Militär- und Gefechtsfeldorakler vom Dienst, als den man ihn kennt. Wieder war eine 3 zu 1 Konstellation pro bis kritisch zum Krieg zu verzeichnen, wie sie aus bundesdeutschen TV-Talk-Formaten schon geläufig ist, wenn überhaupt.

PROFESSOR Alexander Libman, in Moskau geboren, Ökonom, vom Osteuropa-Institut der FU Berlin, verhielt sich eher neutral bis zurückhaltend und pflichtete vielmehr seiner Nebendiskutant:in, Ute Finckh-Krämer, in ihrer sachlichen Betonung eines verstärkt erforderlichen, zivilen friedenspolitischen Engagements bei. Auch in der Frage der Aufnahme von Kriegsdienstverweigerern, die allerdings nur in Bezug auf solche in Belarus und Russland angesprochen wurde, nicht auf jene in der Ukraine, die nicht unerheblichen Repressalien ausgesetzt sind, sogar zu Gefängnisstrafen für ihre Verweigerung verurteilt werden. Was unerhört genug ist für ein Land in EU-Aspiranz.

DA gäbe es viel deutschen zivilverantwortlichen Handlungsbedarf aus Berlin, wie auch die KDV-im-Krieg-Initiative Connection e. V. aus Offenbach immer wieder nachhaltig mit Beispielen und Berichten unterstreicht und einfordert. Immerhin hat man sich in der Phoenix-Runde-Redaktion nicht gescheut, unter dem Aspekt „*noch*“ diesmal eine friedensbewegte Person einzuladen und zu Wort kommen zu lassen. Ute Finckh-Krämer, von Haus aus Mathematikerin, ist eine Tochter des verstorbenen Bremer Pastors Ulrich Finckh, der lange auch als Vorsitzender der Bremer Menschenrechtsorganisation Zentralstelle Kriegsdienstverweigerung fungierte, mit zuletzt bis 2014 einer Präsidentin Margot Käßmann. Das ist schon eine bemerkenswerte Ausnahme vom Mainstream des öffentlich-rechtlichen

Dokumentationssenders und soll hier positiv vermerkt werden. Viel mehr davon wäre wünschenswert!

DIE pandemische Staatskrankheit Rüstung ist längst zur allgemeinen Bedrohung des Globus geworden wie der „Klimawandel“. Kriege sind ihre Aufrüstungs-Motoren. So wie jetzt der Ukraine-Russland-Krieg, der bald in sein zweites Jahr gehen dürfte und sich auch im Winter fortsetzt. Rüstungskonzerne im Westen verbuchen deutliche Zuwächse dadurch. Der SPD-Wehrbeauftragten, Eva Högl, geht die „Modernisierung“ der Truppe, wie sich die Rüstungskrankheit auch nennt, nicht schnell genug. Die Bundestagsobfrau kann's nicht erwarten und mahnt Tempo an. Gegenüber dem Deutschlandfunk (12. Dezember) verwies sie darauf, dass Russlands Krieg gegen die Ukraine und die Lage der Bundeswehr eine Modernisierung erforderten. Es gebe genug Geld (hört, hört) sowie eine Mehrheit in Bundestag und Gesellschaft. *„Deshalb geht es alles nicht schnell genug“*. Die derzeitigen Verfahren und Prozesse seien zu behäbig und passten nicht zu dem Begriff der *„Zeitenwende“*. Hallo, wenn das kein tapferes olivgrünes Sozi-Statement ist! Eine Wehrbeauftragte als wackere Rüstungstreiberin ist auch nichts Neues. Die Politik-Krieger:innen halten sich immer weniger noch bedeckt.

WANN erwachen die Regierungen aus ihren Rüstungsdelirien? Am 14. Dezember debattierte und beschloss der Bundestag in letzter Sitzung vor der Weihnachtspause in Sachen Gelder für die Bundeswehr. Die Fachausschüsse des Bundestages befassten sich mit umfangreichen Rüstungsprojekten des deutschen Militärs. Insgesamt summiert sich der Wert der Beschaffungen auf 15 Milliarden Euro. Der größte Teil davon soll für die beschlossene erste Tranche der Anschaffung des F-35-Kampfbombers verwendet werden, einem der größten Beschaffungsprojekte der Bundeswehr überhaupt. Der kommende Militärhaushalt 2023 soll rund 52 Milliarden Euro betragen, Sonderbeschaffungskonten ausgenommen, Tendenz fortlaufend ansteigend. Das Verteidigungsministerium gab ferner grünes Licht für weitere milliardenschwere Posten: Gewehre, Fahrzeuge, Ausrüstung.

DIE Mitglieder des Haushaltsausschusses stimmten insgesamt acht sog. 25-Millionen-Vorhaben im Rahmen eines Gesamtvolumens von rund 13 Milliarden Euro zu. Dazu gehören auch die Entscheidungen für den Kauf eines neuen Sturmgewehres (Marke Heckler&Koch) als Nachfolgemodell für das schrottige G-36 vom selben Oberndorfer Hersteller, Nachfolger der berühmten Mauser-Rüstungsschmiede, die Beschaffung von militärischen Funkübertragungssystemen, die Nachrüstung des Schützenpanzers Puma sowie neue Überschneefahrzeuge. Einkäufe auf der bunten Weihnachtswiese – schöne Bescherung oder sagen wir es diagnostisch: gute Genesung! © Elmar Klink, D-Bremen, 18. Dezember 2022.